Energiestrategie : Nationalrat unterstützt die bundesrätliche Stossrichtung

Autor(en): **Abouri, Cornelia**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Bulletin.ch : Fachzeitschrift und Verbandsinformationen von Electrosuisse, VSE = revue spécialisée et informations des associations Electrosuisse, AES**

Band (Jahr): **106 (2015)**

Heft 1

PDF erstellt am: **28.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-856583

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

BRANCHE **PANORAMA**

Energiestrategie: Nationalrat unterstützt die bundesrätliche Stossrichtung

Resultate aus der Beratung des ersten Massnahmenpakets im Erstrat

Die Beratung des ersten Massnahmenpakets der Energiestrategie 2050 im Nationalrat wurde im Vorfeld verschiedentlich als «Monsterdebatte» angekündigt. Dieser Ankündigung wurde die rund 25 Stunden dauernde Debatte mit fast 350 Wortmeldungen allemal gerecht. Sie bestätigte die bundesrätliche Stossrichtung als grundsätzlich mehrheitsfähigen Weg. Gleichwohl resultieren aus den Beschlüssen des Nationalrats verschiedene Änderungen einzelner, teilweise auch wichtiger Punkte, mit denen sich nun der Ständerat auseinandersetzen muss.

Cornelia Abouri

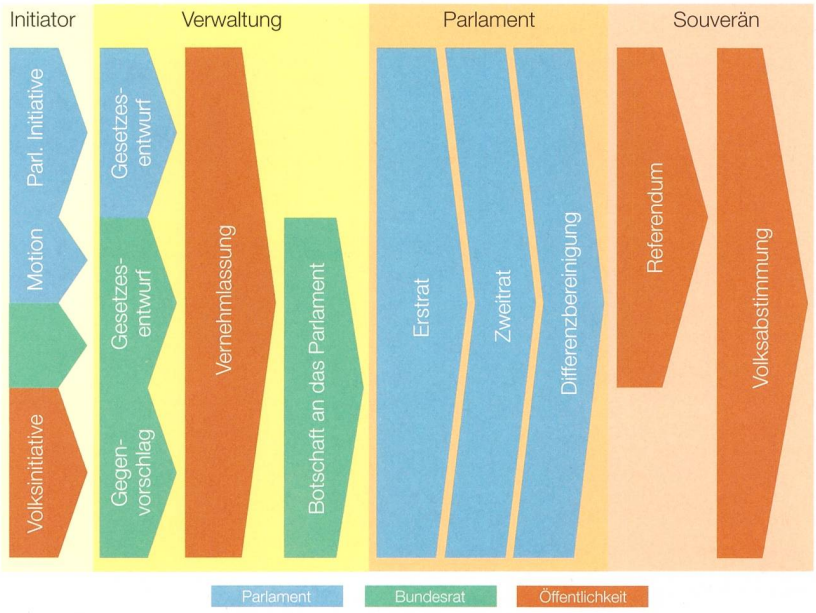
Gut anderthalb Jahre nach seinem Grundsatzentscheid für den Ausstieg aus der Kernenergie übergab der Bundesrat im September 2013 seine Botschaft zu einem ersten Massnahmenpaket der Energiestrategie 2050 an das Parlament. Dieses Paket umfasste im Wesentlichen die Verstärkung der bestehenden Fördermassnahmen für die erneuerbaren Energien, die Verbesserung der Energieeffizienz und den Rahmen für einen schrittweisen, langfristigen Ausstieg aus der Kernenergie.

Mit der Beratung des 1. Massnahmenpakets in der Wintersession 2014 hat der Nationalrat einen weiteren Meilenstein gesetzt. In einer beinahe historisch langen Debatte, die sich über mehrere Tage erstreckte, befasste sich der Nationalrat als erster der beiden Räte mit den bundesrätlichen Vorschlägen zur Energiezukunft und lieferte dabei auch interessante Hinweise über die gegenwärtige energiepolitische Gefühlslage im Bundeshaus.

Nationalrätliche Unterstützung mit Nuancen

Eine relativ deutliche Mehrheit des Nationalrats unterstützt die Stossrichtung des Bundesrates. Insbesondere in vier Punkten weichen die Beschlüsse des Nationalrats jedoch erheblich von den Vorschlägen des Bundesrates ab:

- Der Nationalrat will das Fördersystem für die erneuerbaren Energien reformieren. Statt der bisherigen kostendeckenden Einspeisevergütung befürwortet er die Einführung eines Einspeiseprämiensystems, welches einerseits die erzeugte Elektrizität und andererseits ihren ökologischen Mehrwert vergütet.
- Um mehr Anreize für Investitionen in die Wasserkraft zu setzen, will der Nationalrat diese in das Fördersystem integrieren. Neue Wasserkraftwerke über 10 MW sowie erhebliche Erweiterungen und Erneuerungen bestehender Anlagen sollen einmalige Investitionsbeiträge erhalten. Dafür will der Nationalrat jährlich rund 55 Millionen Franken zur Verfügung stellen.
- Nebst der Reduktion der CO_2-Emissionen soll auch die Stromeffizienz substanziell verbessert werden. Der Nationalrat befürwortet deshalb wie der Bundesrat verpflichtende Vorgaben für EVUs. Allerdings überzeugten den Rat weder das bundesrätliche Modell der Weissen Zertifikate (Vorgaben für Stromlieferanten), noch die von seiner vorberatenden Kommission eingebrachte Variante eines Stromsparbonusmodells (Vorgaben für Netzbetreiber). Dennoch hat er sich zwecks Vermeidung einer «Nulllösung» für letzteres Modell ausgesprochen. Gleichzeitig hat er aber den Ständerat beauftragt, praktikable Alternativen zu prüfen.



Übersicht über den Gesetzgebungsprozess.

BRANCHE **PANORAMA**

■ Wie schon der Bundesrat will auch der Nationalrat die Erteilung neuer Rahmenbewilligungen für Kernkraftwerke untersagen. Er will jedoch zusätzlich die bestehenden Kernkraftwerke jeweils zehnjährigen Betriebsbewilligungen unterstellen. Ausserdem soll die Möglichkeit zur Erneuerung dieser Bewilligungen für die Kernkraftwerke Mühleberg und Beznau eingeschränkt werden.

Gewichtige Stimmen aus dem rechtsbürgerlichen Lager forderten ein marktorientierteres Vorgehen und den direkten Übergang zum vom Bundesrat mittelfristig angestrebten Lenkungssystem (2. Etappe der Energiestrategie 2050). Diese scheiterten indessen an der Mehrheit aus links-grünen und den Mitte-Parteien. Das Ergebnis der Gesamtabstimmung ist gleichwohl als ernstzunehmendes Signal zu beachten: Nach Abschluss der Detailberatung erntete das erste Massnahmenpaket im Nationalrat mit einem Stimmenverhältnis von 110 zu 84 nur eine Zustimmung von gut 56 %.

Keine Gnade für die grüne Volksinitiative

Das erste Massnahmenpaket der Energiestrategie 2050 ist als indirekter Gegenvorschlag mit der Volksinitiative «für den geordneten Ausstieg aus der Atomenergie» der Grünen Partei verknüpft. Auch diese hat der Nationalrat in der Wintersession beraten. Zwar deckt sich die Forderung nach einem Verbot neuer Rahmenbewilligungen für Kernkraftwerke mit den Beschlüssen des Nationalrats. Die Forderung der Initiative, die Betriebsdauer der fünf bestehenden Schweizer Kernkraftwerke auf maximal 45 Jahre zu begrenzen, geht dem Nationalrat allerdings deutlich zu weit. Er empfiehlt Volk und Ständen mit 120 zu 71 Stimmen, die Initiative abzulehnen.

Als Nächstes ist der Ständerat am Zug. Dabei wird er sich mit den Beschlüssen des Nationalrats befassen, diese bestätigen, konkretisieren oder korrigieren und gegebenenfalls auch eigene Ideen einbringen.

Autorin

Cornelia Abouri ist Expertin Public Affairs beim VSE
Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen (VSE), 5001 Aarau
cornelia.abouri@strom.ch

Lesen Sie zur Energiestrategie-Debatte des Nationalrates auch den Kommentar von Thomas Zwald auf S. 51 dieser Ausgabe.

Bilder: Autorin

Ziele	«Richtwerte» statt verbindlicher Ziele für Produktion und Verbrauch.
GuD	Verzicht auf eine Bedarfsprüfung vor dem Bau von neuen oder der Erweiterung von bestehenden fossil-thermischen Kraftwerken.
Nationales Interesse	Aufwertung der erneuerbaren Energien zum nationalen Interesse. Es ermöglicht eine Abwägung zwischen Schutz- und Nutzinteressen.
Förderung erneuerbare Energien	Reform der KEV (neu: Einspeiseprämien-System), aber noch zu wenig marktnahe Ausgestaltung.
Grosswasserkraft	Investitionsbeiträge für neue Wasserkraftwerke >10 MW sowie für erhebliche Erweiterungen und Erneuerungen.
Effizienzvorgaben	Verpflichtende Vorgaben für EVUs, jedoch Auftrag an Ständerat zur Prüfung praktikabler Alternativen.
Beschleunigung der Verfahren	Beschränkung von Beschwerden ans Bundesgericht auf Rechtsfragen von grundsätzlicher Bedeutung.
Kernenergie	Verbot neuer Rahmenbewilligungen und Abkehr von unbefristeten Betriebsbewilligungen.

Übersicht über die wichtigsten Beschlüsse nach der Nationalratsdebatte.

Medienecho / L'écho des medias

Peter Morf, Finanz und Wirtschaft
«Die Energiestrategie 2050 führt zu einem umfassend regulierten System. Die Erfahrung zeigt, dass derartige Systeme nicht funktionieren. Das hat einen einfachen Grund: Der Regulator hat nie genug Wissen, um einen derart komplexen Markt effizient regulieren zu können. Resultat sind eine ausufernde Bürokratie und enorme Kosten. [...] Ein Blick nach Deutschland hätte genügt: Die Subventionswirtschaft läuft aus dem Ruder, und der CO_2-Ausstoss steigt weiter, seit die ersten Kernkraftwerke stillgelegt worden sind. Das wird auch der Schweiz blühen.»

Alain Jeannet, L'Hebdo
«La transition énergétique ne sera pas une promenade de santé. En réalité, elle ne peut qu'être le fruit d'un long et laborieux processus. Technologique, d'abord : on peine encore à saisir précisément la portée des innovations sorties des laboratoires, c'est normal. Mais elles sont cruciales. [...] En Suisse, la sortie du nucléaire aura bien lieu. Fukushima l'a rendue inexorable. Il faudra accepter toutefois qu'elle se fasse par tâtonnements. Parfois même de manière chaotique.»

Andrea Masüger, Schweiz am Sonntag
«Die Schweiz lässt sich nicht von einer klimawandelleugnenden, technologiegläubigen, lernresistenten Vogel-Strauss-Truppe in die Fünfzigerjahre zurückkatapultieren. Aber sie begibt sich auch nicht aufs Glatteis einer Zukunftsökologie, deren Qualität und Verlässlichkeit nicht gesichert ist. [...] Das ist eine Politik der Mitte. Und damit ein gutes Omen für die Schweiz. Die Mitte muss das nutzen, denn mit vereinter Kraft und fallweise linker Hilfe kann sie die Schweiz weiterbringen. Das Resultat nach den Redeschlachten um die Energiepolitik zeigt es eindrücklich.»

Alex Reichmuth, Weltwoche
«Willkommen auf der Geisterfahrt! Am Steuer eine CVP-Bundesrätin, welche die falsche Auffahrt erwischt hat, nun aber kein Wendemanöver mehr wagt. [...] Doris Leuthard sitzt schwitzend am Steuer der Energiepolitik, wohl ahnend, dass es nicht gut kommt. Eigentlich müsste die Irrfahrt sofort gestoppt werden. Doch das Volk hat nichts zur Energiestrategie zu sagen. Noch nicht.»

Susan Boos, WOZ
«Wenn nun im Gesetz stehen soll, Beznau, das notabene älteste AKW der Welt, dürfe sechzig Jahre in Betrieb sein, macht das die Schweiz unsicherer als vor Fukushima. [...] Im Frühjahr berät der Ständerat die Vorlage. Die Bürgerlichen werden weiter am Potemkinschen Dorf namens ‹Atomausstieg› bauen und sich als VerliererInnen geben. Die Ausstiegsinitiative der Grünen, die eine Laufzeitbeschränkung von 45 Jahren verlangt, würde den echten Atomausstieg noch retten. Nur dürfte das in den vielen verwirrenden Scheingefechten untergehen.»